

Für seine Rolle als Risikomanager, so die Kernthese dieses Buches, ist der deutsche Staat bislang schlecht gerüstet. Deutschland, seine Institutionen und seine Politiker sind insofern noch nicht in der Risikogesellschaft angekommen. In der Pandemie führten Schwächen in der Risikoeinschätzung und der Entwicklung von Strategien wiederholt zu Problemen: Dies betrifft den mangelnden Einsatz ökonomischer Expertise etwa bei Fragen der Impfstoffbeschaffung und Vertragsgestaltung, aber auch Fehleinschätzungen bei Lockdown-, Test- und Impfstrategien. Im Rückblick waren viele der Entscheidungen nicht optimal, wie wir sehen werden. Wenn es sich um Einzelfälle handelte, würde es ausreichen, zu erklären, was jeweils schief lief. Aber es gibt ein Muster, das auf ein tieferliegendes Problem hindeutet. Wir brauchen eine andere organisatorische und intellektuelle Infrastruktur, um mit künftigen Herausforderungen besser umzugehen. Vater Staat braucht ein Upgrade. Er braucht bessere Daten und eine bessere Vernetzung mit der Wissenschaft. Er braucht auch ein anderes Mindset: mehr Dynamik, den Willen zum Handeln und das Selbstvertrauen zu erkennen, dass manchmal auch unkonventionelle Lösungen zum Erfolg führen können.

Wir sind nicht gut auf das vorbereitet, was auf uns zukommt. Das ist vielleicht das größte Problem, das die Krise offenbart hat. Die Enttäuschung und der Vertrauensverlust in die staatliche Leistungsfähigkeit kommen zur Unzeit. Wie soll ein Staat, der es in einem Jahr nicht schafft, Lüfter in Klassenzimmer seiner Schulen einzubauen, den komplexen ökologischen Umbau der gesamten Volkswirtschaft steuern und neue Konzepte für Mobilität, Wohnen und Energie begleiten und durch Investitionen fördern? Wie den richtigen Ordnungsrahmen dafür setzen, dass das Land die Chancen der Digitalisierung nutzt, wenn in den Amtsstuben noch die Faxgeräte surren?

Ohne einen leistungsfähigen und krisenfesten Staat werden wir weder den Klimawandel noch die Herausforderungen der Digitalisierung meistern. Dabei geht es nicht um mehr oder weniger Staat oder um einen Neodirigismus, sondern um einen stärkeren und kompetenteren Staat mit einer leistungsfähigen Verwaltung und einer besseren Verzahnung von Wissenschaft und Politik. Wirtschaftshistoriker wissen, dass der Aufbau von Staatskapazität, der Fähigkeit des Staates, für Infrastruktur, öffentliche Güter und Planungssicherheit zu sorgen, die zentrale Voraussetzung für den Beginn modernen Wirtschaftswachstums in der industriellen Revolution war und ein wichtiger Wettbewerbsfaktor ist. Dies wird bei der anstehenden zweiten Revolution, der ökologischen Transformation der Volkswirtschaft, nicht anders sein. Mit einem nur «bedingt einsatzbereiten» Staat ist unser künftiger Wohlstand in Gefahr. Die Pandemie war ein Probelauf für die Herausforderungen der Zukunft. Die Generalprobe ist misslungen, aber das gibt uns die Chance, aus den Fehlern zu lernen. Gerade deshalb sind die Lehren der Pandemie so wichtig.

\*\*\*

Der Weg durch dieses Buch sieht wie folgt aus: Das zweite Kapitel beschreibt die Entzauberung des Staates, die in der Corona-Zeit zu beobachten war, und den daraus resultierenden Vertrauensverlust in das staatliche Krisenmanagement. Deutschland stolperte durch die Krise. Aber nicht nur die Defizite staatlichen Handelns sind deutlich sichtbar geworden. Gleichzeitig haben wir hautnah erlebt, wie sehr wir in Krisen auf staatliche Steuerung angewiesen sind. Die Frage, die sich stellt, ist nicht die alte Konfliktlinie von mehr oder weniger Staat, sondern die nach Leistungsfähigkeit und Kompetenz.

Im dritten Kapitel geht es um den Rückgang der staatli-

chen Leistungsfähigkeit und dessen ökonomische Ursachen. Die Probleme in den Ämtern und Behörden, aber auch der Rückstand bei der Digitalisierung und die wachsende Bürokratisierung kamen nicht über Nacht, sondern waren schon seit langem bekannt. Geschehen ist zu wenig. Modernisierung und Investitionen blieben aus. Die Pandemie hat diese Schwächen schonungslos und für alle sichtbar bloßgestellt: Im 21. Jahrhundert muss man eine exponentiell wachsende Bedrohung durch ein Virus nicht mehr mit Faxgeräten bekämpfen. Diese Defizite in der Leistungsfähigkeit des Staates und die Stagnation der öffentlichen Investitionsausgaben werfen die Frage nach den ökonomischen Ursachen auf und rücken insbesondere die Politik der «schwarzen Null» und der Schuldenbremse in den Fokus. Natürlich zwingt die Schuldenbremse den Staat nicht dazu, Investitionen in Digitalisierung und Modernisierung der Verwaltung zu vernachlässigen. Sie zwingt ihn nur, derartige Ausgaben aus laufenden Steuereinnahmen statt mit Schulden zu finanzieren. Daran allein hat es sicher nicht gelegen. Aber es ist eben auch möglich, dass Politikerinnen und Politiker in einer alternden Gesellschaft Anreiz haben, kurzfristig populäre Ausgaben, etwa Rentenerhöhungen oder andere Wahlgeschenke, langfristig sinnvollen Zukunftsinvestitionen vorzuziehen. Wichtiger als der Kulturkampf um die Schuldenbremse ist auch hier Pragmatismus. Entscheidend ist, dass es in den nächsten Jahren zu mehr öffentlichen Investitionen kommt.

Das vierte Kapitel thematisiert die Probleme bei der Verzahnung von Wissenschaft und Politik, die in der Pandemie deutlich wurden. Insbesondere geht es um den ökonomischen Irrtum, dass die Politik in der Pandemie in einer Zwickmühle zwischen Wirtschaft und Gesundheit saß: Was gut war für die Gesundheit, war schlecht für die Wirtschaft – und andersherum. So klar gab es diesen Gegensatz in den Köpfen der Po-

litikerinnen und Politiker, aber nicht in der Realität. Denn die Menschen änderten vor allem aus Angst vor dem Virus ihr Verhalten, nicht nur wegen staatlicher Auflagen. Der überwiegende Teil der ökonomischen Kosten der Pandemie geht auf solche Verhaltensänderungen zurück – und nicht auf staatlich verordnete Maßnahmen. Das heißt auch, dass eine starke Reduktion der Inzidenzen kurzfristig kaum größere ökonomische Auswirkungen hatte als eine halbherzige Reduktion, mittelfristig aber größere Spielräume ermöglicht hätte. Diese Einsicht hat es nicht – oder zumindest nicht rechtzeitig – in die politische Debatte geschafft. Dies war der wahrscheinlich folgenschwerste Fall von Nicht-Kommunikation zwischen Politik und Wissenschaft in der Pandemie, aber es war nicht der einzige.

Das fünfte Kapitel handelt von der mangelnden Führungsstärke, der Verzagtheit und Schwerfälligkeit in der Krise, vor allem bei der Beschaffung von Impfstoff und der Koordination bei der Herstellung. Trotz ihrer traditionellen Skepsis gegenüber Staatsinterventionen haben uns die USA und Großbritannien vorgemacht, dass der Staat erfolgreich sein kann, wenn er für die Gesellschaft wichtige «Missionen» in Angriff nimmt und die Ressourcen des Landes bündelt. Auch Deutschland braucht ein konstruktives Bild von der Rolle des Staates als Risikomanager und Risikoträger, nicht nur, aber auch für die ökologische Neuausrichtung der Wirtschaft.

Das sechste Kapitel warnt, dass wir die Fehler aus der globalen Finanzkrise wiederholen, wenn wir nicht alles daran setzen, dass die deutsche und europäische Wirtschaft mit Volldampf aus der Krise herauswachsen. Die Gefahr besteht, dass wir zu früh auf die Bremse treten. Die Konjunktureffekte staatlicher Investitionspolitik sind auf absehbare Zeit hoch. Eine nachhaltige Erholung auch unserer europäischen Nachbarländer ist im aufgeklärten deutschen Eigeninteresse und

gibt uns auch den nötigen Spielraum, um die gesellschaftlichen Lasten und Nachwirkungen der Pandemie gerechter zu verteilen.

Das Schlusskapitel diskutiert die notwendige Therapie, um Staat und Gesellschaft in künftigen Krisen resilienter zu machen. Es diskutiert auch die Legitimationsprobleme, die entstehen können, wenn der ökologische Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft zu einem ähnlichen Hindernisparcours wird wie die Pandemie. Investitionen in die Leistungsfähigkeit des Staates versprechen hohe soziale Renditen. Vieles spricht dafür, dass der Staat und seine Leistungsfähigkeit auch für die Transition zu einer nachhaltigeren Form des Wachstums eine zentrale Rolle spielen werden. Wir dürfen daher nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, sondern müssen die Lehren aus der verpatzten Generalprobe ernst nehmen.